

Resolution „Wirksamer Klimaschutz für alle!“

Die Folgen der Erderhitzung sind spätestens nach zwei heißen, trockenen Sommern in Folge auch in Deutschland für viele spürbar geworden. Die Angst vor den dauerhaft negativen Veränderungen des Klimas für uns und folgende Generationen motiviert mehr Menschen denn je, sich für starken Klimaschutz einzusetzen. Der Veränderungswille in der Bevölkerung ist riesengroß – doch auch die alten Beharrungskräfte wirken weiter.

Daher könnte der Kontrast von öffentlicher Stimmung zur Klimapolitik der Bundesregierung kaum größer sein. Nachdem sich das Klimakabinett monatelang nicht einigen konnte, wurde Ende September ein Klimapäckchen geschnürt, welches nur etwa ein Drittel des Nötigen liefert, um das Klimaziel 2030 zu schaffen.

Nach zehn Jahren, in denen die Emissionen in Deutschland fast nicht gesunken sind, ist eine echte Kehrtwende nötig. Doch das Klimapaket setzt vor allem auf Anreize und neue Subventionen statt auf ordnungsrechtliche Vorgaben. Die vorgesehenen Milliarden werden auch deshalb klimapolitisch zu guten Teilen verpuffen.

Ein CO₂-Preis soll in wirkungsloser Höhe eingeführt werden und das noch verkompliziert durch ein Handelssystem. Aus dem ursprünglich guten Klimaschutzgesetzentwurf des BMU - als Kontroll- und Korrekturrahmen für die Klimapolitik – wurden zentrale Klimaziele und effektive Mechanismen gestrichen. Für den stockenden Ausbau der Erneuerbaren Energien, vor allem der Windkraft, liefert die Regierung weiterhin keine Antworten, sie erschwert den Ausbau im Gegenteil, indem sie pauschal überzogene Abstandsregelungen für Windkraftanlagen einführen will. Und obschon bereits seit Januar der Kompromiss der Kohlekommission vorliegt, hat die Bundesregierung bis jetzt keinen Gesetzentwurf vorgelegt. Selbst der Einstieg in den Ausstieg wird noch auf die lange Bank geschoben und sogar das neue Kohlekraftwerk Datteln 4 soll ans Netz gehen.

Auch mit einem einseitigen Fokus auf Elektromobilität, ohne die Anzahl und Größe der Automobile zu reduzieren und ohne Einschränkung synthetischer Kraftstoffe für spezielle Nutzungen, ist weder eine Mobilitätswende möglich noch eine nachhaltige Gesellschaft.

Die bisherige Klimabilanz der Bundesregierung ist verheerend. Vor allem die Unionsparteien unter Ägide der Bundeskanzlerin sind bisher nicht bereit, konsequenten Klimaschutz umzusetzen. In der SPD gibt es klimapolitisch zwar gute Ansätze, allerdings werden diese nicht durchgesetzt.

Die Halbzeitbilanz der GroKo-Klimapolitik ist ein bitteres Kapitel. Sie muss endlich ein wirksames Klimapaket vorlegen, das das völkerrechtlich verbindliche 1,5-Grad-Limit des Pariser Klimavertrages einhält. Nicht irgendwann, sondern rechtzeitig vor der Weltklimakonferenz!

Die Erkenntnisse der Klimawissenschaft sind erdrückend, Ausreden können nicht mehr gelten, denn die Bevölkerung ist mehrheitlich längst weiter als die Bundesregierung. Klimapolitik muss sozial sein und Lasten fair verteilen.

Der Druck der Klimabewegung ist nötiger denn je. Der BUND ist Teil dieser breiten Bewegung und macht weiter Druck für wirksame Maßnahmen und Klimagerechtigkeit, in Deutschland und mit unseren Partnern weltweit.

Für einen wirksamen Klimaschutz, um die globalen Folgen der Klimakrise für die Menschheit und unsere Ökosysteme einzudämmen, fordern wir:

- Ein Klimapaket der Bundesregierung bis zur UN-Klimakonferenz 2019, das die Grenzen des CO₂-Budgets für maximal 1,5-Grad globale Erhitzung einhält.
- Ein Klimaschutzgesetz mit effektiven Kontroll- und Korrekturmechanismen.
- Den Kohleausstieg bis 2030 und den Beginn der gesetzlichen Stilllegungen ab 2020 so, dass der Hambacher Wald und alle Tagebau-bedrohten Dörfer erhalten bleiben. Datteln 4 darf nicht in Betrieb genommen werden.
- Den dezentralen, naturverträglichen Ausbau der Erneuerbaren Energien auf mindestens 75 Prozent Anteil am Stromverbrauch bis 2030 und 100 Prozent bis 2040 unter starker Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen. Keine pauschalen Abstandsregelungen für Windkraftanlagen.
- Eine CO₂-Steuer mit einem Einstiegspreis von 50 Euro/ Tonne CO₂ ansteigend auf 180 Euro bis 2030 und eine Rückerstattung an die Bevölkerung (Klimabonus).
- Die Wende im Verkehr durch einen schnellen und massiven Ausbau des Schienenfern- und Güterverkehrs, des ÖPNV, insbesondere auf dem Land, von Rad- und Fußverkehr sowie die konsequente Einleitung der Abkehr vom Verbrennungsmotor. Der Flugverkehr muss eingedämmt werden, z.B. durch eine wirksame Kerosinsteuer.
- Das von der Bevölkerung mehrheitlich seit langem gewünschte Tempolimit auf Bundesautobahnen mit 120 km/h.

Alle Maßnahmen müssen eingebettet sein in eine Rahmenpolitik, die zu verminderten Verbräuchen bei Energie und Ressourcen und zu mehr Klimagerechtigkeit führt.

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
Bundesdelegiertenversammlung 2019
Nürnberg, 9. November 2019